

// Im Blickpunkt

Diese Ausgabe steht im Zeichen der bilanziellen Behandlung betrieblicher Altersvorsorge: Thema des Aufsatzes ist die Bilanzierung von Pensionsverpflichtungen bei Mitgliedschaft in einer Zusatzversorgungskasse. Statt der noch im Referentenentwurf des BilMoG vorgesehenen Passivierungspflicht bleibt es nach dem Regierungsentwurf nun doch beim Passivierungswahlrecht mittelbarer Pensionsverpflichtungen. Was dies vor dem Hintergrund der aktuellen Reformbestrebungen in der internationalen Rechnungslegung bedeutet und welche Elemente die Anhangangaben enthalten sollten, zeigen Heger/Weppler in ihrem Beitrag auf. Im BB-Kommentar stellt Lieb die Praxisfolgen eines aktuellen BFH-Urteils dar, demzufolge das Nachholverbot für Pensionsrückstellungen dem Grundsatz des formellen Bilanzenzusammenhangs vorgeht. Und schließlich gibt es noch ein ganz neues BMF-Schreiben in diesem Themenbereich (s. unten).

Gabriele Bourgon, Ressortleiterin Bilanzrecht und Betriebswirtschaft



Verwaltungsanweisung

BMF: Schreiben zur bilanzsteuerrechtlichen Berücksichtigung von sog. Nur-Pensionszusagen

Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) hat am 16.6.2008 ein Schreiben zur bilanzsteuerrechtlichen Berücksichtigung von sog. Nur-Pensionszusagen veröffentlicht (IV C 6 – S 2176/07/10007).

Danach steht das BFH-Urteil vom 9.11.2005 (I R 89/04, BB 2006, 80), wonach die Zusage einer sog. Nur-Pension zu einer sog. Überversorgung führt, wenn dieser Vereinbarung keine Entgeltumwandlung zugrunde liegt, und in diesen Fällen keine Pensionsrückstellung gebildet werden kann, nicht im Einklang mit dem BMF-Schreiben vom 3.11.2004 (IV B 2 – S 2176 – 13/04, BB 2004, 2683) zur steuerlichen Berücksichtigung von überdurchschnittlich hohen Versorgungsanwartschaften.

Text des Schr.: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-1382-1 unter www.betriebs-berater.de

➔ Das Schreiben wird in Heft 28 kommentiert werden.

Rechnungslegung

Wir werten für Sie die Homepages von BMF, BMJ, DRSC, DPR, BaFin, IASB, FASB, SEC und EU aus.

Protokoll der Öffentlichen Diskussion zum Thema „Pensions“ und Ergebnisbericht der RIC-Sitzung veröffentlicht

Das Protokoll der Öffentlichen Diskussion vom 3.6.2008 sowie der Ergebnisbericht der 29. Sitzung des Rechnungslegungs Interpretations Committee (RIC) vom 15.5.2008 sind unter www.drsc.de abrufbar.

DSR: 121. Sitzung

Der Deutsche Standardisierungsrat (DSR) diskutierte auf seiner 121. Sitzung am 5./6.6.2008 in Berlin eine Reihe von Fragen, Papieren und Stellungnahmen etc., z.B. zum Conceptual Framework – Phase A, zur Kapitalerhaltung bzw. zum Solvenz-

test, zur Subprime-Krise, zum BilMoG, zum Anpassungs- und Regelungsbedarf bei den DRS 1–17, zum Financial Reporting of Pensions, zur Strategie des DRSC und zur Restrukturierung der EFRAG.

Weitere Informationen dazu sowie den aktuellen Arbeitsbericht des DRSC finden Sie unter www.drsc.de

EU: Verordnungsentwurf zur Gleichwertigkeit der Rechnungslegungsvorschriften

-tb- Die EU-Kommission hat den Entwurf einer Verordnung zur Beurteilung der Gleichwertigkeit nationaler Rechnungslegungsvorschriften mit den IFRS veröffentlicht. Danach können Drittstaatenemittenten ihre Finanzberichterstattung auch nach den nationalen japanischen GAAP und den US-GAAP als den IFRS gleichwertigen Rechnungslegungsvorschriften erstellen. Eine Sonderregelung gilt für Abschlüsse nach den koreanischen, chinesischen und kanadischen GAAP. Die Verordnung soll ab dem 1.1.2009 gelten. Der Text ist abrufbar unter ec.europa.eu.

EFRAG: Entwurf für eine IASB-Stellungnahme

-tb- Die European Financial Reporting Advisory Group (EFRAG) hat den Entwurf zu einer Stellungnahme zum IASB/FASB Memorandum of Understanding (MoU) veröffentlicht. Der Text ist abrufbar unter www.efrag.org. Die EFRAG reagiert damit auf die Bestrebungen des IASB, das bestehende MoU zu überarbeiten und neue Meilensteine der Projektzusammenarbeit bis 2011 festzulegen. Stellungnahmen hierzu können bis zum 14.7. eingereicht werden.

Wirtschaftsprüfung

Wir werten für Sie die Homepages von IDW, WPK, APAK, IFAC, AICPA, PCAOB, EU und FEE aus.

IDW: Schreiben zur Änderung der EStR

In einem Schreiben an das Bundesministerium der Finanzen äußert sich das Institut der Wirtschaftsprüfer e. V. (IDW) zum Entwurf einer allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Änderung der

Einkommensteuer-Richtlinien 2005. Der Text ist unter www.idw.de abrufbar.

HFA des IDW: Neue Stellungnahmen IDW S 1 i. d. F. 2008, IDW ERS HFA 25 und IDW EPS 521 n. F.

Der Hauptfachausschuss (HFA) des IDW hat in seiner 212. Sitzung am 29./30.5.2008 folgende Verlautbarungen verabschiedet:

- Entwurf einer IDW-Stellungnahme zur Rechnungslegung: Einzelfragen zur Bilanzierung von Verträgen über den Kauf oder Verkauf von nicht-finanziellen Posten nach IAS 39 (IDW ERS HFA 25),
- Entwurf einer Neufassung des IDW-Prüfungsstandards: Die Prüfung des Wertpapierdienstleistungsgeschäfts nach § 36 Abs. 1 S. 1 WpHG (IDW EPS 521 n. F.).

Ferner hat der HFA den vom Fachausschuss für Unternehmensbewertung und Betriebswirtschaft (FAUB) verabschiedeten

- IDW-Standard: Grundsätze zur Durchführung von Unternehmensbewertungen (IDW S 1 i. d. F. 2008)

billigend zur Kenntnis genommen.

Die Verlautbarungen werden in Heft 7 der IDW-FN 2008 und im Supplement 3/2008 der WpG veröffentlicht werden. Die beiden Entwürfe sind unter www.idw.de in der Rubrik Verlautbarungen, Download von Entwürfen abrufbar.

PCAOB: Rahmenkonzept zur Berichterstattung von Prüfungsgesellschaften

-tb- Der Public Company Accounting Oversight Board (PCAOB) hat ein Rahmenkonzept verabschiedet, dass die Jahres- und Sonderberichterstattung von registrierten Prüfungsgesellschaften regelt. Es ist die erste Regelung dieser Art. Der Text ist abrufbar unter www.pcaobus.org.

Im BB-Nachrichtenüberblick unter www.betriebs-berater.de werden Sie direkt auf alle angegebenen Dokumente verlinkt.